

NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung der Gemeindevertretung vom 14. April 2008

TAGESORDNUNG:

1. a) Bericht des Vorsitzenden
b) Bericht des Gemeindevorstandes
- 2.) Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2008 und der vorliegenden Anlagen
- 3.) Beratung und Beschlussfassung der Zurücknahme der Klage gegen den Lahn Dill-Kreis bzgl. der Kreis- und Schulumlage
- 4.) Bericht des Vorsitzenden des Akteneinsichtsausschusses
- 5.) Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.08 auf Kostenermittlung für eine evtl. Übernahme der Grundschulträgerschaft
- 6.) Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.08 wegen Mitgliedschaft im Naturpark Lahn-Dill Bergland e.V.
- 7.) Verschiedenes
- 8.) Grundstücksangelegenheiten

Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen:

Vorsitzender Nadler eröffnete die 16. Sitzung der Gemeindevertretung in der Legislaturperiode mit der Begrüßung aller Anwesenden.

Die Gemeindevertretung war komplett versammelt. Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Einladung und Tagesordnung waren ordnungsgemäß. Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

1.

a. Bericht des Vorsitzenden

Gegen die Niederschrift vom 13.03.08 wurden keine Einwände vorgebracht. Die Niederschrift ist damit angenommen.

Ergänzend verwies Vorsitzender Nadler auf ein Schreiben von Anliegern im Bereich Friedrichstraße / Am Ebersbach / Brückenstraße, bezüglich des ehemaligen Hotels Wickel. Eine Kopie des Schreibens lag den Fraktionsvorsitzenden nicht vor, offensichtlich auch nicht den Gemeindevertretern. Der Inhalt des

Schreibens wurde auszugsweise wiedergegeben. Im Hinblick auf die nicht unproblematische Nutzung in der Vergangenheit und eine befürchtete ähnliche Beeinträchtigung bei einem Verkauf des Gebäudes an bereits vorstellig gewordenen Interessenten regen die Unterzeichner, der ebenfalls vorliegenden Unterschriftsliste an, ob die Gemeinde nicht das Gebäude erwerben und nutzen / oder abreißen kann. Der Vorsitzende sah damit seine Informationspflicht als erfüllt an und stellt zudem das Schreiben der Anlieger in Kopie allen Gemeindevertretern zur Verfügung.

b. Bericht des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Aurand ging auf folgende Punkte ein:

- a. Haushaltsplan 2008
Auf eine Tischvorlage wurde verwiesen. Die geringfügigen, redaktionellen Änderungen im Haushaltsplan wurden bereits in den Ausschüssen besprochen.
- b. OT Rittershausen
Die in der letzten Gemeindevertretersitzung gestellten Anfragen zu verschiedenen Einrichtungen im OT Rittershausen, wurden im Rahmen einer Tischvorlage beantwortet.
- c. Hammerweiherkonzept
Das beauftragte Ingenieurbüro hat inzwischen dem Gemeindevorstand ein Konzept vorgestellt, welches voraussichtlich in der nächsten Gemeindevertretersitzung Gegenstand der Beratung sein wird. Zudem wurde angeregt, das Konzept in gemeinsamen Ausschusssitzungen vorzustellen, bzw., zu beraten.
- d. Schulbussituation
Unter Berücksichtigung einer Anfrage in der letzten Sitzung wurde zwischenzeitlich mit Schulamt und dem Verkehrsverbund Lahn-Dill Verbindung aufgenommen. Eine Zwischennachricht des Schulamtes liegt vor. Die ausschließliche Zuständigkeit liegt bei dem VLD.
- e. Schulbus / Kiga-Bus, OT Rittershausen
Wenn auch aus technischen Gründen die Verlegung der Haltestellen notwendig wurde, so bleibt dennoch festzuhalten, dass der Schulbusverkehr, bzw. die Kindergartenbeförderung, zumindest noch bis zu den Sommerferien aufrecht erhalten werden konnte. Danach entfällt ohnehin der Sonderverkehr.
- f. Schüleraustausch Partnergemeinde Shimotsuke-shi
Nach Mitteilung der Partnergemeinde sind voraussichtlich 30 Teilnehmer zum Schüleraustausch Anfang August zu erwarten. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.
- g. Kindergartenbrücke OT Rittershausen
Inzwischen ist eine Sanierungsschätzung erfolgt. Die Kostenschätzung beläuft sich auf ca. 100.000,00 €. Weiterhin erforderlich ist die Sperrung der Brücke für den LKW-Verkehr. PKW's dürfen die

Brücke noch befahren.

Für die kommende Sitzung wurde eine Vorlage angekündigt.

h. Jahreshauptversammlung der Feuerwehren am 23.02.08

In der letzten Sitzung wurde das Einladungsverfahren aufgegriffen. Der Gemeindevorstand wurde über die Sitzung informiert auf Grund mündlicher Einladung. Fraktionsvorsitzende wurden nicht eingeladen. Im übrigen erfolgte die Einladung durch den Gemeindebrandinspektor.

i. Ampelanlage Rathaus

Nach inzwischen vorliegender Mitteilung des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen, wird die Einrichtung einer „Alles-Rotlicht-Anlage“ nicht empfohlen. Die Bestückung mit einer Kameraüberwachung bei Rotlichtbefahrung ist dagegen möglich. Analog einer stationären Geschwindigkeitsanlage sind die Kosten mit rd. 35.000,00 € zu veranschlagen.

j. Abschließend wurden folgende Fragen zum Bericht des Gemeindevorstandes gestellt:

Fraktionsvors. Kreck (CDU) bedankte sich für die Nachforschung und die Klarstellung zum Einladungsverfahren zur gemeinsamen Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehren, merkte zugleich aber an, dass scheinbar nicht immer Einladungen versandt oder nur teilweise versandt werden, zumal in der Einladung wohl die Weiterleitung an Gemeindevertreter zum Ausdruck gebracht wurde.

Hinsichtlich der Vorstellung des Hammerweiherkonzeptes in einer gemeinsamen Ausschusssitzung, bat er zugleich um Einbeziehung des Haupt- und Finanzausschusses.

Im Zusammenhang mit den veranschlagten Sanierungskosten für die Kindergartenbrücke, OT Rittershausen, sollte unter Berücksichtigung der umfangreichen Sanierungskosten, ebenfalls die Kosten für einen Neubau geprüft werden.

Ergänzend wies Vors. Nadler (CDU) darauf hin, dass er grundsätzlich von einer Verteilung der eingehenden Post an die Gemeindevertreter ausgeht.

Bürgermeister Aurand verwies auf den nicht immer eindeutig erkennbaren Willen der Antragsteller. Künftig wird eine exakte Befragung erfolgen sowie die notwendige Abstimmung im Vorfeld über die Verfahrensweise bei Einladungen.

GV Schüler (CDU):

Dauerrotlichtschaltung der Fußgängerampelanlage bei mehr als 50 km/h Geschwindigkeit.

Bürgermeister Aurand wies nochmals darauf hin, dass das Amt für

Straßen- und Verkehrswesen von der Einrichtung einer solchen Ampelanlage abrät.

2. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2008 und der vorliegenden Anlagen

Einleitend verwies der Vorsitzende auf die eingangs erwähnten redaktionellen Änderungen zum Haushaltsplan 2008.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 07.04.08, den Entwurf der Haushaltssatzung mit allen Anlagen in der vorliegenden Fassung einstimmig beschlossen und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 08.04.08, ebenfalls einstimmig dem Entwurf der Haushaltssatzung in der vorliegenden Fassung zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 09.04.08, ebenso einstimmig dem Entwurf der Haushaltssatzung mit allen Anlagen zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Für die CDU-Fraktion verwies Fraktionsvors. Kreck auf den inzwischen erstmalig vorgelegten Etat in doppischer Form. Der Haushaltsplan ist vom Volumen her umfangreicher, aber auch zugleich transparenter geworden. Die Haushaltslage bezeichnete er als gut und bestätigte zugleich eine solide Haushaltsführung, zumal detaillierte Kostenaufstellung / Nachweisung erfolgt und darüber hinaus die von seiner Fraktion angestoßenen Investitionen Berücksichtigung fanden. Zugleich richtete er den Dank an Vorstand und Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplans.

Abschließend beantragte er für die CDU-Fraktion unter Berücksichtigung der Anliegen - Einwendungen im Teil-Finanzplan unter der Kostenstelle 311.01 84 18 210, die Mittel für den Ankauf von Grundstücken in Höhe eines Teilbetrages von 150.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen und den Gemeindevorstand zu beauftragen, Kaufverhandlungen, bzgl. des Erwerbs des Grundstückes „Hotel Wickel“ aufzunehmen.

Ergänzend verwies er auf die zentrale Lage des Areals sowie diverse, nutzungsrechtliche Entwicklungsmöglichkeiten, die sich nach Abriss des Gebäudes ergeben würden. Die Änderung des Antrages mache zudem keine Änderung des Haushaltsplans erforderlich und der Kaufpreis liege unter der bis dato bekannten Summe. Der Erwerb von Flächen in zentraler Lage habe sich in der Vergangenheit mehrfach als weitsichtige und richtige Entscheidung erwiesen. Er bat daher um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

Für die SPD-Fraktion bestätigte Fraktionsvors. Scholl die Ausgewogenheit des Haushaltes. Er verwies darauf, dass keine Gebühren oder Steuererhöhungen vorgesehen sind. Neben zukunftsweisenden Investitionen wurde auch Wert auf die Beibehaltung bewährter Mitfinanzierungsstrategien im sozialen Bereich gelegt. In soweit wurde ebenfalls der Dank an Vorstand und Verwaltung gerichtet.

Bezüglich des überraschenden Änderungsantrags der CDU-Fraktion wurde Bera-

tungsbedarf gesehen und daher Sitzungsunterbrechung für eine halbe Stunde beantragt unter gleichzeitiger Zurverfügungstellung des Briefes der Anliegergemeinschaft.

Dem Antrag wurde um 20.00 Uhr durch den Vorsitzenden Nadler stattgegeben. Um 20.35 Uhr erfolgte die Fortsetzung der Gemeindevertretersitzung mit der Frage an die Antragsteller, ob Einvernehmen erzielt wurde.

Fraktionsvors. Kreck (CDU) verneinte die Anfrage, wies aber zugleich darauf hin, dass mit den Vertretern der FWG und der FDP, Konsens erzielt wurde dahingehend, dass der zweckgebundene Sperrvermerk für den Erwerb des Gebäudes in Höhe von 150.000,00 € aufrecht erhalten werden soll. Der Gemeindevorstand wird gebeten, Verhandlungen mit dem Eigentümer aufzunehmen und möglichst einen günstigeren Preis zu erzielen im Wege der direkten Verhandlung ohne Einschaltung eines Maklers.

Für die SPD-Fraktion beantragte Fraktionsvors. Scholl zum einen, getrennte Abstimmung über die Einstellung dieses Betrages mit zweckgebundenem Sperrvermerk und zum anderen verwies er darauf, dass die Festlegung dieses Betrages der Höhe nach nicht sinnvoll ist, weil einmal die Verhandlungsposition bei den Verkaufsverhandlungen des Gemeindevorstandes geschwächt wird und andererseits ohnehin erneut über den Ankauf des Gebäudes, unter Zurverfügungstellung der notwendigen Haushaltsmittel, beraten werden muss.

Ergänzend wies GV Dintelmann (SPD) darauf hin, dass die Sorge der Anlieger durchaus verständlich und eine derartige Situation in der Vergangenheit mehrfach aufgetreten sei. Die SPD-Fraktion hält es ebenfalls für erforderlich, dass der Gemeindevorstand aktiv wird. Die Festsetzung des Betrages oder die Belegung mit einem Sperrvermerk werden jedoch für vollkommen unerheblich angesehen, weil über den Ankauf in jedem Fall erneut beraten werden muss. Darüber hinaus widerspricht die Festlegung eines Sperrvermerkes bei gleichzeitiger Festsetzung des Betrages jedem vernünftigen Kaufmannsgebaren und suggeriert zugleich dem Verkäufer, dass in jedem Fall der Wille zum Ankauf besteht.

Daraufhin beantragte Fraktionsvors. Kreck für die CDU-Fraktion eine erneute Sitzungsunterbrechung um 20.45 Uhr für ca. fünf Minuten. Vorsitzender Nadler gab dem Antrag statt.

Bei Fortsetzung der Beratung signalisierte Fraktionsvors. Kreck (CDU) im Einvernehmen mit allen Fraktionen den Willen zur gemeinsamen Lösung der Problematik. Wenn auch die Wege unterschiedlich sind, so sei es jedoch im Interesse der Sache erfreulich, dass die Gemeindevertretung zu einer gemeinsamen Haltung fähig sei.

Einvernehmlich mit allen Fraktionen wurde daher beantragt, den bisherigen Haushaltsansatz in Höhe von 300.000,00 €, um 150.000,00 € zu reduzieren und eine neue Haushaltsposition mit Einstellung des Differenzbetrages zu schaffen, mit der Bezeichnung „Erwerb des Hotels Wickel“.

Damit wäre zugleich ein formeller Änderungsantrag zum Haushalt gestellt und der Gemeindevorstand wird gebeten, unverzüglich entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Vorsitzender Nadler fasste den gemeinsamen Antrag der Fraktionsvorsitzenden wie folgt zusammen:

Beantragt wird die Reduzierung des Ansatzes bei der Haushaltsposition 311 01 84 18 210 um 150.000,00 € und eine weitere Kostenstelle zu schaffen mit dem Wortlaut:

Erwerb des ehemaligen Hotels Wickel“, mit der Summe von 150.000,00 €

In der anschließenden Abstimmung votierte die Gemeindevertretung einstimmig für diesen Änderungsantrag. Weitere Änderungsanträge zum Haushalt wurden nicht gestellt.

In einer weiteren Abstimmung beschloss die Gemeindevertretung einstimmig den Gesamtergebnisplan mit Teilergebnisplänen in der vorliegenden Fassung.

In einer weiteren Abstimmung wurde der Gesamtfinanzplan mit Teilfinanzplänen und der zuvor beschlossenen Änderung einstimmig verabschiedet, gemäß Vorlage.

In einer Folgeabstimmung wurde der Stellenplan mit den entsprechenden redaktionellen Änderungen ebenfalls einstimmig verabschiedet.

In der abschließenden Abstimmung votierte die Gemeindevertretung einstimmig für das Investitionsprogramm in der vorliegenden Form.

3. Beratung und Beschlussfassung der Zurücknahme der Klage gegen den Lahn-Dill-Kreis, bzgl. der Kreis- und Schulumlage

Einleitend erläuterte Bürgermeister Aurand nochmals die Historie der rechtlichen Auseinandersetzung mit dem inzwischen eingetretenen Erfolg, dass die Schulumlage kostendeckend erhoben wird, unter entsprechender Vollveranlagung der Stadt Wetzlar.

Der HSGB empfiehlt in diesem Zusammenhang zu einer Rücknahme der Klage, im Hinblick auf die Haltung des Verwaltungsgerichtes zur Vermeidung eines Urteils bei gleichzeitiger Kostenminimierung.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 07.04.08 einstimmig die Rücknahme der verwaltungsgerichtlichen Klage gegen den Lahn-Dill-Kreis beschlossen und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Klagerücknahme, gem. § 51, Ziff. 18, HGO.

4. Bericht des Vorsitzenden des Akteneinsichtsausschusses

Auf die Stellungnahmen der Kommunalaufsicht, bzw. des Hess. Städte- und Gemeindebundes wird verwiesen.

Unter Zugrundelegung der Subsummierung der Kommunalaufsicht sei die Ausschussarbeit nicht beendet und damit der Ausschuss nicht aufgelöst.

In der vorgesehenen Berichterstattung durch den Ausschussvorsitzenden

– GV Geppert (CDU) – wurde die unterschiedliche Rechtsauffassung präzisiert. Anschließend ging GV Geppert nochmals auf die Historie der Einrichtung des Ausschusses ein und die dabei erfolgte Aktenüberprüfung. Zugleich richtete er den Dank an Vorstand und Verwaltung für die gute Aktenführung.

Der Bericht des Vorsitzenden liegt dem Protokoll bei.

Für die SPD-Fraktion sah GV Dintelmann die Notwendigkeit der Verständnisklärung. Ausweislich seiner Mitwirkung als ordentliches Mitglied im Ausschuss und der Aktenlage sowie der vorliegenden Stellungnahmen von Kommunalaufsicht und HSGB war kein formeller Verstoß feststellbar. Mit anderen Worten: „Außer Spesen, nichts gewesen!“

Ausschussvors. Geppert hingegen bemängelte, dass in der Kürze der Zeit, keine tiefgründigere Würdigung erfolgen konnte. Dem entgegen hielt Bürgermeister Aurand, dass dem Ausschuss ausreichende Zeit zur Verfügung stand. Ergänzend beehrte GV Wölke (CDU), ob aus der Aktenlage ein Hinweis hervorgeht, ob und wie der Beschluss des Gemeindevorstandes zustande kam, und dass der Grund der Einrichtung des Akteneinsichtsausschusses nicht erkennbar war. Ausschussvors. Geppert bestätigte die Auffassung.

Für die CDU-Fraktion drückte Fraktionsvors. Kreck sein Bedauern aus, dass politisches Kalkül durch mehrheitlichen Beschluss zur Einstellung der Ausschusstätigkeit führte. Andererseits würdigte er aber die ausgezeichnete Mitarbeit von Bürgermeister und Vorstand bei der Zurverfügungstellung der Akte, die selbst handschriftliche Vermerke enthielt und daher auch als vollständig anzusehen ist.

Für die SPD-Fraktion wies Fraktionsvors. Scholl darauf hin, dass ein gemeinsamer Abschlussbericht nicht möglich war, weil zum einen kein Antrag dafür vorlag, zum anderen auch keine Notwendigkeit von Seiten der Kommunalaufsicht festgestellt wurde. Der Ausschuss habe sich intensiv mit der nicht sehr umfangreichen Akte beschäftigt und die dazu gefassten Beschlüsse waren rechtskonform.

GV Reh (FDP) sah in dem Beschlussprozedere des Ausschusses keinen politischen Hintergrund, zumal ohnehin kein formaler Verstoß erkennbar war.

Dennoch sah Fraktionsvors. Kreck (CDU) in der Haltung des Ausschusses eine vorschnelle Entscheidung. Abschließend stellte er analog der Nachfrage von GV Wölke (CDU) konkret die Frage an den Ausschussvorsitzenden, ob der Umlaufbeschluss des Gemeindevorstandes formell den gesetzlichen Vorgaben entsprach. Dies wurde von dem Ausschussvorsitzenden verneint.

Da keine weiteren Fragen und auch kein Antrag zur Auflösung des Ausschusses gestellt wurde, vertrat Vorsitzender Nadler die Auffassung, dass damit die Ausschusstätigkeit ruht.

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.08 auf Kostenermittlung für eine evtl. Übernahme der Grundschulträgerschaft

Nach Verlesung des Antrages, begründete Fraktionsvors. Kreck (CDU), die Antragstellung unter Hinweis auf den demographischen Wandel, Geburtenrückgang, auf die inzwischen mögliche Betreuung der unter Dreijährigen und verwies zugleich

darauf, dass eine solche Betreuung in den Grundschulen eben nicht gegeben sei. Nach seinen Informationen sei die Schließung der Grundschulen Mandeln und Rittershausen bis zum Jahr 2012 vorgesehen und selbst die Zusammenlegung von Schulklassen bietet dann nicht mehr die Möglichkeit zur Weiterführung des Schulbetriebes. Aus diesem Grund sollten die Rahmenbedingungen ausgelotet werden zur Übernahme der Trägerschaft, verbunden mit dem Antrag an den Gemeindevorstand zur Kostenermittlung der Übernahme, Folgekosten, Aufwendungen für bauliche Unterhaltung, Personal und der daraus zu erwartenden Minderung der Schulumlage. Insoweit richtete er die Bitte auf Zustimmung an alle Parteien.

Die SPD-Fraktion begrüßte den Antrag im Hinblick auf eine sinnvolle einmütige Haltung in dieser Frage.

Fraktionsvors. Scholl verwies jedoch auf die gegebene Zuständigkeit des Kreises und dem vorliegenden Schulentwicklungsplan. Ziel sollte der Erhalt aller Grundschulen sein und dem sei auch soweit Rechnung getragen worden, dass für die Gemeinde Dietzhöhlztal zwei Schulbezirke eingerichtet sind. Dennoch sieht er die Thematik für äußerst relevant, sodass sie in einem interfraktionellen Gespräch erörtert werden sollte.

Bürgermeister Aurand verwies ebenfalls auf die demographische Entwicklung, stellte zugleich auf die gesamt gesellschaftliche Entwicklung ab. Auf Bürgermeisterebene wurde bereits eine Arbeitsgruppe gebildet mit dem Auftrag, ein entwicklungsfähiges Konzept zu erarbeiten. Unabhängig davon liegt die Schulträgerschaft ohnehin nicht in einer Hand, weil zum einen, Gebäude, Hausmeister, Sekretärin, durch das Schulamt des Lahn-Dill-Kreises bewirtschaftet werden und die pädagogische Betreuung sowie die Lehrerbesoldung durch das Land Hessen erfolgt. Allerdings sah er in der Zusammenführung von Schulträgerschaft auf kommunaler Ebene einen beachtlichen Vorteil, dass die Wege der Beteiligten wesentlich direkter sind. Nach seiner Auffassung wurde in den vergangenen Jahren lediglich eine Grundschule im Rheingau-Taunus-Kreis mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren in kommunale Trägerschaft überführt. Gegenwärtig beschäftigen sich zwar mehrere Gemeinden mit der Problematik, dabei ist das Prozedere einer Übernahme bis dato jedoch unklar und der Vorbehalt der Ministerien ist bislang ebenfalls nicht ausgeräumt.

Seit mehreren Jahren ist die Thematik auch Diskussionsgrundlage auf Kreisebene. Dabei wurde bereits im Schulentwicklungsplan verankert, dass von einer Schließung der Grundschulen in Rittershausen und Mandeln keine Rede sei. Im übrigen ist bei Schließung von Schulen in jedem Fall die Zustimmung des Kultusministeriums zwingend. Unter Hinweis auf die bereits erfolgte Vollkostenermittlung der Grundschulen in Dietzhöhlztal (rd. 142.000,00 € Jung-Stilling-Schule / rd. 88.000,00 € Grundschule Mandeln / rd. 62.000,00 € jährlich Grundschule Rittershausen / Jahr) können allerdings bei der Diskussion in der Arbeitsgruppe nicht außer acht bleiben und bilden einen gewichtigen Faktor in der Entscheidungsfindung. Die Verhandlungen richteten sich primär auf eine Vollkostenerstattung. Der Sanierungsbedarf aller Schulen und der damit verbundene Kostenumfang führte nach ersten Berechnungen nicht zu einer spürbaren Senkung der Schulumlage. Auswirkungen zeigten sich lediglich in der Umverteilung der Finanzmittel auf die einzelnen Schulen.

Ergänzend führte GV Dintelmann (SPD) aus, dass die Problematik sich in der Zukunft noch verschärfen wird, weil bereits jetzt ein Rückgang der Schülerzahlen absehbar sei zwischen 10 und 20 v.H. in Schulen der Nachbargemeinden. In diesem

Zusammenhang stellt sich jedoch parteiübergreifend die grundsätzliche Frage, wie wichtig die Betreuung, bzw. Bildung der Kinder vor Ort, sei. Demzufolge bietet sich die Chance zur Übernahme der Schulträgerschaft für die Gemeinde.

Ergänzend regte er daher fraktionsübergreifend die Einrichtung eines Arbeitskreises an, unter Einbeziehung der Schule und des Elternbeirates um zur Aufzeigung von Lösungsmöglichkeiten beizutragen.

GV Reh (FDP) begrüßte die Antragstellung und ebenso die Ausführung von GV Dintelmann (SPD), weil ein direkter Weg zu Verantwortlichen grundsätzlich zu schnelleren Ergebnissen führt.

Fraktionsvors. Kreck (CDU) sah in den Ausführungen der Fraktionen, Konsens zur Übernahme der Schulträgerschaft in einem ersten Schritt und regte zugleich die Übertragung der Federführung auf einen Ausschuss an.

Zusammenfassend hielt Vorsitzender Nadler fraktionsübergreifend die Bildung eines Arbeitskreises für sinnvoll, unter Einbeziehung der Schule und des Elternbeirates.

In der folgenden Abstimmung beschloss die Gemeindevertretung einstimmig den Antrag der CDU-Fraktion in der vorliegenden Form.

6. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.08 wegen Mitgliedschaft im Naturpark Lahn-Dill-Bergland e.V.

Einleitend begründete Fraktionsvors. Scholl (SPD) den vorliegenden Antrag dahingehend, dass die Gemeinde bereits Mitglied im Trägerverein sei und auch daher durchaus den Beitritt zum Naturpark Lahn-Dill-Bergland e.V. vollziehen sollte. Nach Ausführungen des Ministeriums ist die Einrichtung eines Naturparks nicht beeinträchtigend für die heimische Wirtschaft, sondern bietet vielmehr Chancen zur Förderung des Naturschutzes. Dies gehe ohnehin aus der Satzung des Vereins hervor. Selbst die IHK sei Mitglied des Naturparks. Zudem sei der Verein kein Träger öffentlicher Belange, der im Rahmen der Bauleitplanung angehört werden müsse.

Kreisübergreifend seien zahlreiche Gemeinden Mitglied mit Ausnahme der Gemeinden Breidenbach und Dietzhölztal.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung mit 21 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung antragskonform die Aufnahme der Mitgliedschaft im Naturpark Lahn-Dill-Bergland e.V.

7. Verschiedenes

Folgende Anfragen wurden gestellt:

GV Braun (CDU); - Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes in der Gemeinde Dietzhölztal -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Anfrage schriftlich beantwortet wird.

- Verfolgung von Sachbeschädigungen durch die Polizei – Sachstandsmitteilung -

In diesem Zusammenhang verwies GV Becker (CDU) darauf, dass zu verschiedenen Tatbeständen Anzeige erstattet wurde und die Polizei die Rechtsverfolgung aufgenommen habe.

8. Grundstücksangelegenheiten

Schriftführer

Vorsitzender